

Zeitschrift: Technische Mitteilungen / Schweizerische Post-, Telefon- und Telegrafienbetriebe = Bulletin technique / Entreprise des postes, téléphones et télégraphes suisses = Bollettino tecnico / Azienda delle poste, dei telefoni e dei telegrafi svizzeri

Herausgeber: Schweizerische Post-, Telefon- und Telegrafienbetriebe

Band: 73 (1995)

Heft: 7

Artikel: Gibt es einen schweizer Pfad?

Autor: Lautenberg, Alexis

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-875948>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GIBT ES EINEN SCHWEIZER PFAD?

Die Informationsgesellschaft stellt eine vielfältige wie interdisziplinäre Herausforderung dar, die von wirtschaftlicher, politischer, kultureller und ökologischer Bedeutung ist. Die G-7-Partnerländer und die Europäische Union haben diese Bedeutungen, Chancen sowie Gefahren erkannt und sind daran, zur Entwicklung der Informationsgesellschaft beizutragen.

In Nordamerika wird der bisher verwendete Begriff des Information Highway durch den umfassenderen Begriff Information Society allmählich abgelöst. Die Mitglieder der neugegründeten World Trade Organization (WTO) haben im Rahmen des während der Uruguay-Runde ausgehandelten neuen Allgemeinen Abkom-

ALEXIS LAUTENBERG, BERN

mens über den Dienstleistungsverkehr (GATS) die Doppelrolle des Sektors Telekommunikationsdienste als eigenständiger Wirtschaftssektor einerseits und als Kommunikationsmedium für andere wirtschaftliche Tätigkeiten andererseits klar erkannt. Liberalisierung der Telekommunikation hat nach Brüsseler Lesart aber nie nur eine technische oder eine rein wirtschaftliche, sondern auch eine integrationspolitische Dimension.

Wie sieht die Ausgangslage für die Liberalisierung aus?

Wirtschaftlich gesehen war die Telekommunikation potentiell zwar ein interessanter Sektor, doch war sie

durch die sie beherrschenden Monopole keinen bedeutenden Anreizen ausgesetzt. Dieser Dornröschenschlaf änderte sich schlagartig einerseits mit der digitalen Dimension und andererseits mit der Liberalisierung der Endgeräte und ihrer Applikationen. Beeinflussten in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts die Grunddienste unsere Geschäftspraxis, sind es heute vor allem die erweiterten Kommunikationsdienste. Ganz allgemein können wir festhalten, dass der erleichterte Zugang zur Information in Wort, Bild und Ton es einfacher macht, wirtschaftliche Aktivitäten in allen Bereichen zu identifizieren und zu bewerten, und dadurch beiträgt, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Rückblickend haben wir es bei den Informations- und Telekommunikationstechnologien um eine in der Geschichte herausragende «success story» zu tun: Seit dem Verkauf des ersten IBM-Personal-Computers im Jahre 1981 hat kaum ein anderer Wirtschaftsbereich mehr Arbeitsstellen geschaffen, mehr Produkte auf den Markt geworfen, mehr Dienstleistungen erbracht und Wirtschaft wie Gesellschaft nachhaltiger und globaler beeinflusst als die Informatik und Telekommunikation.

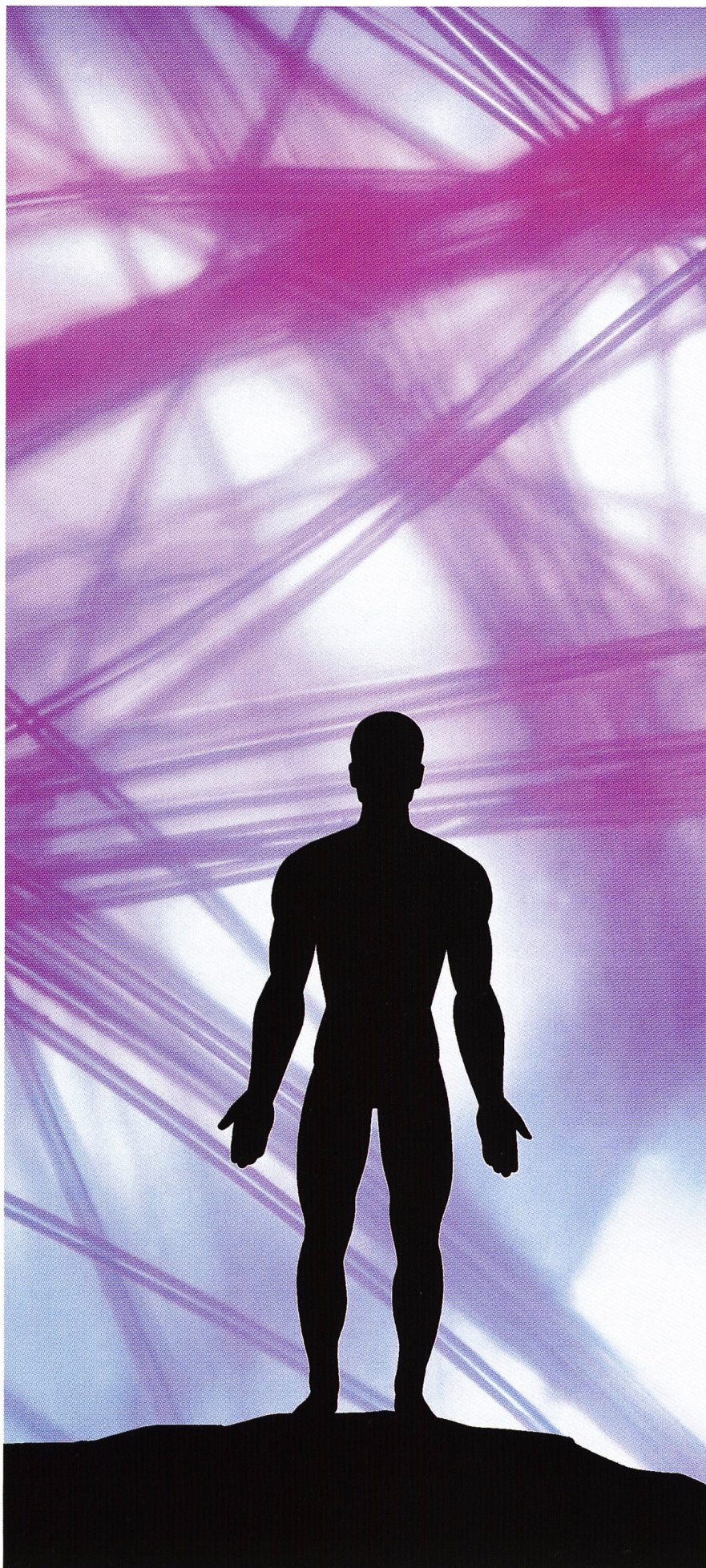
Ob und wie sich aber diese Erfolgsgeschichte auch weiter fortsetzen wird, ist noch nicht gesichert. Denn wirtschaftlich gesehen bedeutet die Entwicklung der Informationsgesellschaft für die Akteure im Telekommunikationsbereich nolens volens auch harten Wettbewerb, der neue Strategien, Innovationen und Kräfte herausfordern wird. Die Schätzungen des Marktpotentials im Telekommunikationsbereich und in den angrenzenden Bereichen steigen in die Trillionen von Dollars. Bedürfnisse und Möglichkeiten verhalten sich unter ansteigendem Druck eruptionsartig; ein vielsagendes Beispiel ist der Verkehr auf dem Internet. Seit der Einführung des World-Wide Web (WWW) steigt der Informationsverkehr auf dem Internet ins Unfassbare: Allein im Jahre 1994 steigerte sich der Verkehr um 350 000 % – ein Phänomen, das freundlich als «Webolution» bezeichnet wird.

Angesichts dieses Potentials darf es niemand verwundern, dass die USA ihre Gesetzgebung im Telekommunikationsbereich bereits auf nächstes Jahr liberalisieren wollen und Auslandsinvestoren willkommen heissen – Gegenrecht allerdings vorausgesetzt. Damit stellen die USA die Europäer arg in Bedrängnis, denn letztere wollten auf 1998 die Grunddienste (Sprachdienste) liberalisieren.

Herausforderungen und Grenzen

Wirtschaft

Wirtschaftstheoretisch gesehen, sind neue Ansätze gefragt. Denn nach herkömmlichen Wirtschaftstheorien müssen grundsätzlich drei wesentliche Kräfte zusammenwirken und den Produzenten zur Verfügung stehen, damit Wirtschaftsgüter hergestellt werden können: Arbeit, Kapital und Boden. Die Telematik und die Netzwerke



H. R. Bramaz

NEUE HERAUSFORDERUNG

Die Liberalisierung lässt sich nicht nur auf eine technische Dimension beschränken

Die Liberalisierung – wie sie im gegenwärtigen angebrochenen Informationszeitalter verstanden werden muss – meint die Gewährung eines höheren Masses an Freiheiten, die sich in der heutigen Realität nicht allein auf technische Freiheiten reduzieren lässt. Wer heute für eine Liberalisierung im Telekommunikationsbereich plädiert, tut dies nicht nur sektoriell, sondern eben aus der Überzeugung, dass sie logische Antwort auf eine globale Entwicklung sein muss. Vergewegen wir uns, dass das eingeläutete Informationszeitalter durch seine Potentiale, seine neu geschaffenen Abhängigkeiten und seine Globalisierung gekennzeichnet ist. Das angebrochene Zeitalter ist aber auch krisenverdächtig und wartet mit neuen Herausforderungen sowie mit Überraschungen auf.

machen es aber möglich, Zeit und Raum (scheinbar) zu überwinden und damit die wirtschaftstheoretische Vektorrechnung neu zu stellen.

Gesellschaft

Gesellschaftspolitisch und sozial gesehen, stellt die Informationsgesellschaft eine besonders gewaltige Herausforderung dar. Nebst dem Rechnen, Schreiben und Lesen wird als vierte Kulturtechnik die Beherrschung digitaler Verarbeitung von Informationen vorausgesetzt. Die Gefahr eines neuen Analphabetismus,

eines «Anapparatismus», tut sich auf. Wer sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten will, ist gut beraten, sich diese Techniken heute anzueignen. Und: Wie kann die Informationsgesellschaft eine gesellschaftliche Entfremdung verhindern und Arbeitsplätze sichern?

Kultur

Kulturell stellt sich die Frage, wie und ob sich eine kulturelle Originalität im Fluss der Globalisierung behaupten kann, wird, muss und/oder soll. Wo liegt die Heimat eines «Cybernauten»?

Dem Bürger eines demokratischen Staates muss der Zugang zur Information ein besonderes Anliegen sein, ist er doch die Voraussetzung für eine gesunde und offene Demokratie. Dem Informationszugang muss ein besonders hohes Mass an Freiheit gewährt werden in einer Form, die dem technischen Zeitgeist und der erleichterten Informationsbeschaffung entspricht.

Die Liberalisierung, als Gewährung eines höheren Masses an Freiheiten verstanden, setzt aber auch die Grenzen neu. Und so muss überlegt werden, ob, wo und von wem neue Grenzziehungen gewünscht werden.

Wie sieht die Entwicklung in Europa aus?

Unter den G-7-Partnerländern (wovon vier Mitglieder der EU sind) und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie innerhalb dieser Staaten hat ein Wettkampf begonnen. Wer von ihnen wird Lord in der Information Society? Wer wird sich in welcher Form bis im Jahre 1998 auf dem Markt behaupten können? Ein Blick auf das Verhalten der G-7-Partnerländer zeigt uns, dass diese

GRÜNBUCH

DIE SELBSTDARSTELLUNG DER EUROPÄISCHEN UNION AUS ANDERER SICHT

Thesenartig kann die Position der Europäischen Union (EU) demnach wie folgt zusammengefasst werden:

- ◆ Die Liberalisierung der Kommunikationsinfrastruktur ist die wichtigste Massnahme, die im Kontext der europäischen Telekommunikationspolitik zu ergreifen ist.
- ◆ Der Universelle Dienst (in der Schweiz spricht man vorzugsweise von Grundversorgung) bleibt eine der wichtigsten Forderungen innerhalb der EU.
- ◆ Die Verbindung zwischen den Netzen muss auf europäischer Ebene garantiert werden, um eine Interoperabilität der Telekommunikationsdienste untereinander zu sichern.
- ◆ Für Netzbetreiber und Anbieter von Diensten muss es einen offenen Zugang zur Infrastruktur geben (siehe ONP = «open network provision»).
- ◆ Es sollten gemeinsame Prinzipien für die Lizenzvergabe eingeführt werden.
- ◆ Der faire Wettbewerb sollte durch die vollständige Anwendung der EU-Wettbewerbsregeln gefördert werden.
- ◆ Die gesamten Auswirkungen der Informationsgesellschaft müssen geprüft werden (siehe eingesetzte Expertengruppe).
- ◆ Die EU muss aktiv die Verhandlungen über die Basistelekommunikation innerhalb der GATS-Verhandlungen fortsetzen, um den Zugang zu ausländischen Märkten zu öffnen.
- ◆ Die EU tut alles daran, um sich im globalen Wettbewerb der Telekommunikation zu positionieren. Ihre Hauptkonkurrenten sind die USA, Kanada und Japan. Der G-7-Rahmen gilt als privilegierte Gesprächsplattform; die erwähnten Pilotprojekte sind operationelle Antworten darauf.
- ◆ Die EU kennt intern im Bereich der Telekommunikation keine Diskussionen über ein «Europe à la carte» oder ein «Kerneuropa». Hier heisst es, einen klaren Kurs auf volle Integration einzuschlagen, auch wenn intern die Unterschiede noch so gewaltig sind: So kennen beispielsweise Italien und Griechenland keine Kabelfernsehtetze, wogegen 95,5 % der belgischen Haushalte mit Fernsehen an ein Kabelnetz angeschlossen sind.
- ◆ Die europäische Telekommunikationsinfrastruktur bleibt mindestens kurzfristig weiterhin ein Werk ungleicher Netze, weshalb Aspekte der Interkonnektion und Interoperabilität eine hohe Priorität geniessen werden.
- ◆ Die bisherige ordnungspolitische Unterscheidung zwischen Telekommunikationsdienste und Telekommunikationsinfrastruktur erweist sich angesichts eines diversifizierten, liberalisierten Telekommunikationsumfelds in zunehmendem Masse als künstlich, da die Netze selbst mit mehr «Intelligenz» ausgestattet werden (ISDN, Mobilfunk, nationale Hosts). Einhergehend mit den Infrastrukturen, müssen entsprechende Applikationen entwickelt werden.
- ◆ Die Fernmeldeminister der EU haben am 13. Juni 1995 die Entschliessung über den rechtlichen Rahmen für die Liberalisierung der Infrastrukturen per 1. Januar 1998 gebilligt.
- ◆ Dem allgemeinen Liberalisierungskalender (1. Januar 1998) der EU wird voraussichtlich vorgegriffen. Im Bereich Mobilfunk und Personalkommunikation wurde am 9. Juni 1995 in Luxemburg entschieden, dass «grössere Anstrengungen» unternommen werden, um den derzeit gültigen Termin (1. Januar 1998) vorzuverlegen. Auch drängen mehrere Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission auf einen zeitlichen Vorgriff zur Liberalisierung sogenannter «alternativer» Infrastrukturen.
- ◆ Für die Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Informationsgesellschaft hat sich die EU in sehr kurzer Zeit die notwendigen strategischen und administrativen Strukturen gegeben (Bangemann-Gruppe, Expertengruppe zur Untersuchung der Auswirkungen einer Informationsgesellschaft in sozialer wie kultureller Sicht, Information Society Project Office).

Länder auf eine gemeinsame Politik der Informationsgesellschaft setzen. Am letzten G-7-Ministertreffen in Brüssel vom 26./27. Februar 1995 übte man sich in erster Gemeinschaftlichkeit. Allerdings wurde die Form der Zusammenarbeit spät gefunden. Denn erst wenige Wochen vor der eigentlichen Veranstaltung wurden sogenannte Pilotprojekte¹ beschlossen. Durch diese Projekte soll ein internationaler Konsens über gemeinsame Grundsätze für den Netzzugang gefunden, sollen die Anwendung und die Interoperabilität gefördert und eine praktische Grundlage für produktive Formen der Zusammenarbeit zwischen den Partnerländern geschaffen werden.

Im Zusammenhang mit diesem G-7-Ministertreffen fällt auf, dass Triebfeder und Gastgeber der Veranstaltung kein Staat war, sondern erstmals die Europäische Kommission. Diese verfolgte ein dreifaches Ziel: Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit, speziell der Unionsbürger für das Konzept der Informationsgesellschaft, Anregung der Diskussion über die Auswirkungen der Informationsgesellschaft in Fachkreisen und schliesslich aussenwirtschaftspolitische Profilierung der Kommission.

Wichtig scheint auch die Feststellung, dass die Pilotprojekte zunächst zwar von den G-7-Partnerländern und der Europäischen Kommission durchgeführt werden, aber auch anderen Ländern und internationalen Organisationen wie die WTO, WIPO, ITU, ISO, OECD offenstehen. Für diese Zusammenarbeit wurden folgende acht Grundprinzipien vereinbart:

- Förderung eines dynamischen Wettbewerbs
- Förderung von Privatinvestitionen
- Schaffung eines flexiblen ordnungspolitischen und rechtlichen Rahmens
- Sicherstellung offener Netzzugänge

- Sicherung eines universellen Dienstangebots und -zugangs
- Förderung der Chancengleichheit aller Bürger
- Förderung der Programmvielfalt einschliesslich der kulturellen und sprachlichen
- Anerkennung einer globalen Zusammenarbeit unter Einschluss der Entwicklungsländer

In Halifax haben die G-7-Partnerländer die Bedeutung und die Chancen der Informationsgesellschaft unterstrichen und einen ersten Zwischenbericht über den Stand der Pilotprojekte verabschiedet. Im Frühling 1996 soll in Südafrika eine Folgekonferenz zur Brüsseler Veranstaltung vom März 1995 stattfinden. Es versteht sich von selbst, dass die Schweiz die Entwicklung und die Beteiligungsmöglichkeiten an diesen Projekten aufmerksam verfolgt und eine Mitwirkung vorbereitet.

Im weiteren wird auf das Weissbuch der Kommission von 1993 mit dem Titel «Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung – Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert» und auch auf den Bericht der Bangemann-Gruppe, den Aktionsplan dieser Gruppe sowie den ersten Teil des Grünbuchs über die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur und der Kabelfernsehnetze verwiesen. Im zweiten Teil des Grünbuchs sind die globalen Ziele und Positionen der EU reflektiert (Kasten).

Gibt es einen Schweizer Pfad?

Es ist keine These, schon eher ein Gemeinplatz, wenn die Lösung in der Schweiz lauten muss: volle Liberalisierung unter Berücksichtigung der europäischen Rahmenordnung. Denn es ist zu vermuten, dass jeder Sonderfall zu dieser Rahmenordnung uns völlig marginalisieren würde. Ein Aktions-

plan wie in der EU fehlt uns, und es fehlen auch horizontale Strukturen, die sich mit der interdisziplinären Entwicklung zu einer Informationsgesellschaft auseinandersetzen. Die Diskussionen um eine Informationsgesellschaft im allgemeinen und die Liberalisierung der Telekommunikation im speziellen zeigt klar, dass eine rein technisch geführte Diskussion untauglich ist, um Antworten auf die Frage nach einem Schweizer Pfad zu erhalten. Einmal mehr werden wir angesichts der globalen Bedeutung der Telekommunikation, ihrer Abhängigkeit und Expansion an folgenden Imperativ erinnert: «Think globally, act locally!»

Quelle: Redigierte Fassung des Vortrags «Telekommunikation Schweiz: Grenzenlose Technologie versus politische Barrieren» anlässlich der 68. Generalversammlung der Pro Telecom in Thun.

Dr. Alexis Lautenberg, Botschafter Schweizer Mission bei der EU in Brüssel.

¹ Folgende elf Pilotprojekte wurden vereinbart:

- Globalverzeichnis in Multimediaform, Koordination: EC, J
- globale Interoperabilität von Breitbandnetzen, Koordination: CDN, D, J, UK
- kulturübergreifende allgemeine und berufliche Bildung (z. B. für das Erlernen von Fremdsprachen), Koordination: F, D
- elektronische Bibliotheken, Koordination: J, F
- elektronische Museen und Galerien, Koordination: I, F
- Umwelt- und Naturgutmanagement, Koordination: USA
- globales Katastrophenmanagement, Koordination: CDN
- globale Anwendungen für das Gesundheitswesen, Koordination: EC, F, D, I
- staatliche Stellen on-line, Koordination: UK, CDN
- globaler Markt für kleine und mittlere Unternehmen, Koordination: EC, J, USA
- Seeverkehrs-Informationssysteme, Koordination: EC, CDN